DER ANDERE BLICK

Die wahre Gefahr für die Demokratie liegt in der Entfesselung staatlicher Gewalt von den Zügeln des Gesetzes

Die Pläne der deutschen Innenministerin Nancy Faeser und ihrer Behördenleiter zur Eindämmung des Rechtsextremismus begründen eine Herrschaft des Verdachts. Das geht zu weit.

Fatina Keilani, Berlin

534 Kommentare →

15.02.2024, 05.30 Uhr · 4 min

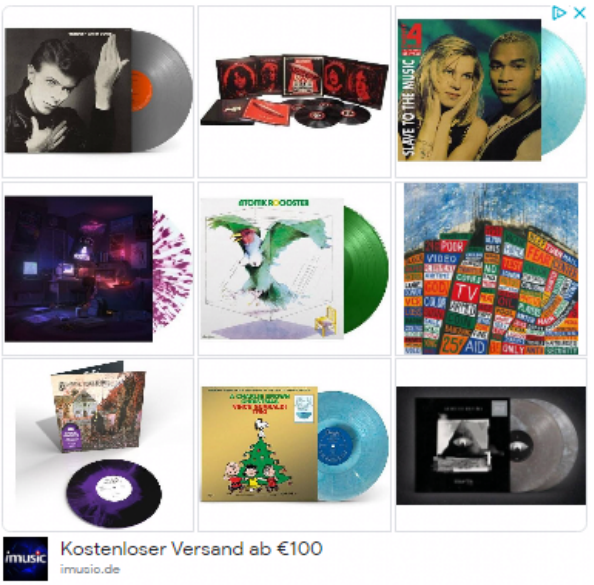
Hören Merken Drucken Teilen

Vor dem deutschen Parlament wird ein «Sicherheitsgraben» gebaut – ein treffendes Symbol der wachsenden Entfremdung zwischen Politik und Bürgern.

Imago

Sie lesen einen Auszug aus dem werktäglichen Newsletter «Der andere Blick», heute von Fatina Keilani, Redaktorin der NZZ Deutschland. Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos. Nicht in Deutschland wohnhaft? Hier profitieren.

Fatina Keilani, Redaktorin NZZ Deutschland
Angelina Vernetti



Moment – wie bitte? So mancher, der in dieser Woche die Pressekonferenz der deutschen Innenministerin Nancy Faeser und der beiden Chefs ihrer wichtigsten Sicherheitsbehörden Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt verfolgt hat, dürfte zeitweise seinen Ohren nicht getraut haben. Die Demokratie sei infolge der Machenschaften rechter Kreise in Gefahr, und deshalb müssten die Massnahmen gegen Rechtsextremismus verstärkt werden, hob Faeser an. So weit, so erwartbar. Doch was dann folgte, war nichts anderes als die Vorstellung einer neuen Herrschaft des Verdachts – und ein Angriff auf den liberalen Rechtsstaat.

Je länger man der sozialdemokratischen Ministerin und ihren Behördenleitern zuhörte, desto mehr gewann man den Eindruck: Dieser Staat misstraut seinen Bürgern zutiefst. Die freie, wilde, unkontrollierte Demokratie ist ihm offenkundig ein Graus.

Der Staat will auf den Diskurs aufpassen

So erklärte Faeser freimütig, dass und wie auf den öffentlichen Diskurs im Land Einfluss genommen werden soll: Eine «Früherkennungseinheit» soll «Desinformationskampagnen» rasch erkennen und kenntlich machen. Die «Resilienz» von Journalisten soll gestärkt, der öffentlichrechtliche Rundfunk «geschützt» werden.

Über «Remigration» zu diskutieren, wie bei dem vieldiskutierten Treffen in Potsdam, habe zwar keine strafrechtliche Relevanz, sagte der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang. Das Ganze sei dennoch staatswohlgefährdend. Und: «Unter dieser Voraussetzung ist es möglich, Einreiseverbote auszusprechen, wenn jemand einreist mit dem Ziel, unsere Verfassung zu beschädigen.»

Schallplatten online kaufen
imusic.de

Die Innenministerin dankte der Bundespolizei sodann dafür, dass sie den Österreicher Martin Sellner bei dessen Einreise jüngst kontrolliert habe – und der Stadt Potsdam, dass sie ein Einreiseverbot gegen Sellner erlassen wolle. Der führende Kopf der Identitären Bewegung vertritt extreme, illiberale Meinungen, gewiss. Aber strafbar sind sie nicht. Doch auch hier gilt nun: Der Verdacht soll reichen.

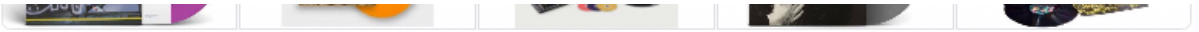
Der deutsche Staat soll nach Faeser den Moment seines Einschreitens gegen die Bürger deutlich nach vorn verlegen. Der Verdacht, die falsche Gesinnung zu haben, soll ausreichen, um in sein Bankkonto zu schauen, ihm die legal besessene Waffe wegzunehmen oder ihn aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Das ist Gift für die Demokratie, und rechtsstaatswidrig ist es auch.

Welche Rechtsgrundlage?

Was ist aus der Unschuldsvermutung, dem Bank- und dem Steuergeheimnis geworden? Wer eine Waffe legal besitzt, musste dafür bereits seine Zuverlässigkeit nachweisen. Die Wegnahme des Waffenscheins ist ein Eingriff in Grundrechte, für den es einer Rechtsgrundlage bedarf. Eigentlich.

Die neue Herrschaft des Verdachts hat zudem eine politische Schieflage. Das «rechte Vorfeld» wird genauestens vom Verfassungsschutz, dem deutschen Inlandgeheimdienst, beobachtet. Das linke Vorfeld bezieht unterdessen grosszügige Förderung vom Staat.

Der Verfassungsschutzpräsident Haldenwang will sogar auf die Sprache und das Denken Einfluss nehmen. Er freue sich, dass das Wort Remigration kürzlich zum «Unwort des Jahres» erklärt worden sei, sagte er. Seine Vorgesetzte Faeser kündigte unterdessen an, dass der Staat bei Rechtsextremisten «jeden Stein umdrehen» werde, und weiter: «Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.»


Pop, K-Pop, Jazz u.v.m.
Imusic.de

Hier findet eine Entfesselung staatlicher Gewalt von den Zügeln des Gesetzes mittels vager Definitionen statt, von «rechts» über «Delegitimierung» bis «Hetze». Das ist gefährlich und autoritär.

Wäre es, auch zur Eindämmung der radikal rechten AfD, nicht naheliegend, den Verdruss vieler Bürger ernst zu nehmen, die im Hochsteuerland für ihre Steuern keinen funktionierenden Staat bekommen? Diese Bürger müssen zuschauen, wie ihre Kommune, die Schule ihrer Kinder und auch der Wohnungsmarkt mit der Last einer Massenmigration kämpfen, für die es keine Rechtsgrundlage gibt. Sie müssen erdulden, dass die Sozialkassen das von ihnen erwirtschaftete Geld auch an Menschen auszahlen, von denen viele kein Recht haben, im Land zu sein. Und all dies bei zunehmenden Kriminalitätszahlen und einer massiv gestiegenen Unsicherheit im öffentlichen Raum, besonders für Frauen.

Faeser will sich um die Justiz «kümmern»

Eiskalt muss erschauern, wer die Innenministerin sagen hört, auch um die Justiz «kümmere man sich» nun, da diese, wie die Presse, erfahrungsgemäss zu den ersten Zielen rechter Unterwanderung gehöre. Hat man sich um die Justiz erst einmal «gekümmert», dann ist die Entfernung von Personen mit der «falschen» Gesinnung aus dem öffentlichen Dienst womöglich nicht einmal mehr von unabhängigen Gerichten rückgängig zu machen.

Dieser Drang zur staatlichen Repression ist Ausdruck einer bedenklichen, illiberalen Wagenburgmentalität. Deren sinnbildlicher Ausdruck sind die Bauarbeiten für einen «Sicherheitsgraben» rund um den Deutschen Bundestag in Berlin. Ein treffenderes Symbol für die Entfremdung zwischen der Politik und einem signifikanten Teil des Volkes ist kaum denkbar.

Kostenloser Versand ab €100
Imusic.de

Die staatliche Exekutive müsste sich eigentlich darum bemühen, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Mit dieser Agenda wird das Gegenteil eintreten.

534 Kommentare

Martin Lang vor einem Tag — 197 Empfehlungen

Die Institutionen des Staates rotten sich zum Rechtsbruch zusammen. Erst gegen Rechtsextremismus. Dann gegen "rechts". Dann gegen das Recht. Und in Deutschland merkt es niemand.

Kassandra Lemke vor einem Tag — 156 Empfehlungen

Warum schauen alle anderen Politiker zu? Was passiert hier gerade? Nicht die AFD ist gefährlich sondern die ganzen Linken....aber warum begreift das keiner? Die DDRler nannten sich auch Demokraten 😐

Alle Kommentare anzeigen